

Ottendorfer Zeitung

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 1.20 Mk. frei ins Haus,
in der Geschäftsstelle abgeschlossen 1 Mk.
Einzelne Nummer 10 Pf.
Erscheint Dienstag, Donnerstag und
Sonntags Nachmittag.

Unterhaltungs- und Anzeigebatt

Anzeigen-Preis:
Die einschlägige Zeile oder deren Raum
15 Pf. Reklamen die einschlägige Petit-
zeile oder deren Raum 20 Pf.
Bei belangreichen Aufträgen u. Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Mit wöchentlich erscheinender Sonntagsbeilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“, sowie den abwechselnd wöchentlich erscheinenden illustrierten Beilagen „Feld und Garten“ und „Deutsche Mode und Handarbeit“.

Druck und Verlag von Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 122

Mittwoch, den 17. Oktober 1917

16. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Hauslisten betr.

Sämtliche Hauslisten sind vom 15. bis 18. Oktober im hiesigen Gemeindeamt abzugeben. Es ist darauf zu achten, daß die Hausbesitzer zweimal und die Mieter einmal die Hausliste zu unterschreiben haben.

Im Kriegsdienste befindliche Personen einschließlich der Untermieter und Schlafstelleninhaber sind in die Liste mit aufzunehmen, wenn sie die Wohnung beibehalten haben.

Die Einberufung zum Kriegsdienste ist in Spalte 2 der Hausliste durch den Bemerk „im Kriegsdienste“ fennlich zu machen.

Der Arbeitgeber ist bei allen außer dem Hause arbeitenden Personen in Spalte 3 genau anzugeben.

Unvollständig ausgefüllte Hauslisten werden zurückgewiesen.

Ottendorf-Moritzdorf, am 12. Oktober 1917.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Die Kampftätigkeit der Artillerie in Flandern war wechselseitig stark. An der Küste und in einzelnen Abschnitten der Front zwischen Ypres und Dicke wurde das Feuer zuwiegend zu trügeriger Wirkung zusammengefasst. In den ausgedehnten Artilleriefeldern kam es mehrfach zu Erstdurchschüssen.

Die Besetzung von Oesel. Die gemeinsame Einigung von Landwehr und Marine, wougen ein Zusammenkommen, das in dieser Form zum ersten Male geschahen, in welcher schwierig Abgesehen von den Hemmungen, die von der Besetzung der Insel Oesel begann. Dagegen entgegengesetzt wurden, vor auch das Gelände besondere Schwierigkeiten. Die Insel besteht aus Kalkstein und besitzt einen niedrigen, flachen Strand, jodas die Transportschiffe vereinzelt vom Lande die Ausstossung beginnen mussten. Außerdem sind dem Strande sehr viele Untiefen vorgelagert, die ebenso wie die zahlreich vorhandenen Minen, in denen Beweinung die Flugzeuge immer glichen gaben, die große Schwierigkeiten verursachten. Der Feind war auf den Inseln ausgesondert geschafft. Es ging ihm vor nicht gerade zum Besten. Die feindlichen Batterien wurden durch die Geschütze unserer Großkampfschiffe sehr schnell zur Stille gebracht, zum Teil vollkommen vernichtet. Wenn die Russen behaupten, viele deutsche Torpedoboote durch ihre Batteriefeuer vernichtet zu haben, so haben wir bereits festgestellt, daß die ganze Unternehmung bisher ohne jeden Erfolg, mit durchgeführt werden konnte. Diese Unternehmung hat im Ausland, namentlich in Schweden, das ja dadurch

am meisten betroffen wird, sehr günstig gewirkt.

Auf der Insel Oesel wurden schnelle Fortschritte erzielt. In ungestüm Vorwärtsdrängen waren unsere Infanterie-Regimenter und Radfahr-Bataillone, vielfach ohne das Herankommen der Artillerie abzuwarten, den Feind, wo er sich stellte. Die Halbinsel Sworbe wurde von Norden her abgeschaut während das Feuer unserer Schiffe die Landbatterien niederrichtete.

Unsere Torpedoboote sind in das Binnenseewasser zwischen Oesel und Dagö eingedrungen und haben in wiederholten Gefechten russische Streitkräfte in den Moon-Sund zurückgedrängt.

Aus Stockholm wird gemeldet: Soeben aus Petersburg eingetroffene Meldungen be-

bestimmt worden, daß die zurzeit gültigen Zuckerkarten mit dem Ablauf des 20. Octobers ihre Gültigkeit verlieren. Diese Verkürzung der Gültigkeitsdauer war erforderlich, weil am 1. November das neue Zuckerwirtschaftsjahr beginnt und rechtzeitig vorher die alten Bestände geräumt sein müssen, da sich andernfalls beim Übergang in das neue Wirtschaftsjahr Schwierigkeiten ergeben würden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß eine Nachlieferung nicht rechtzeitig eingelöster Karten keinesfalls erfolgen kann, sodass jeder den ihm zustehenden Zuckerspätels bis zum 20. Oktober bei seinem Lieferanten abzuholen hat, wenn er nicht des Anspruches darauf verlustig gehen will. Ferner wird darauf ausmerksam gemacht, daß ein Recht auf Lieferung bestimmter Zuckersorten nicht besticht, da auch der Händler dieselben Sorten abnehmen muss, die ihm von den Raffinerien geliefert werden. Beschwerden darüber, daß eine andere als die gewünschte Sorte zuguteil worden sei, können daher in keinem Falle berücksichtigt werden.

Pilzrezept Nr. 2. Pilzfüße: Man kocht einen Kalbfuß mit Gewürz (Borbeer und Gewürzkrönern). Frische Pilze werden in schwachem Salzwasser weiß gekocht. Den Pilzsaft zieht man ab und vermendet ihn zu Suppe. Die Pilze werden gut zerkleinert und mit fein gewiegt Zwiebel, Sardelle oder Hering mit Kapern, sauer oder Pfefferwurz und der durchgekochten Kalbfußbrühe vermengt. Man zieht noch etwas Essig hinzu und kocht das Ganze auf. Danach lädt man

diesen 100 Einwohnern 200 Gramm, das sind insgesamt 10 kg, in der Stadt Dresden, so würde für die übrigen 50 Einwohnern kein Fleisch übrigbleiben, da die Amtshauptmannschaft ja den Stadt Dresden die 10 kg Fleisch zurückhalten müsste. Um aber nach Möglichkeit den Wünschen der Bevölkerung nach Aufrechterhaltung der Friedensbeziehungen gerecht zu werden, finden zur Zeit erneut Verhandlungen statt, um einen anderen Fleischausgleich mit der Stadt Dresden herbeizuführen. Sollten diese Verhandlungen erfolgreich sein, so würde die Amtshauptmannschaft von Beginn der nächsten Fleischkartenperiode an denselben, die bisher ihr Fleisch aus der Stadt Dresden bezogen haben, das Recht einzutun können, dies weiter zu tun. Bis zu einer hierüber ergehenden Belämmirung muss es aber beim Verbote bleiben. Der Unterschied in der Fleischbelieferung der Stadt Dresden und der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt ist darauf zurückzuführen, daß die Kinderabfuhrbringung in letzterem Bezirk auf ganz erheblichere Schwierigkeiten stößt, während die Stadt Dresden die ihr zustehenden Kinder regelmäßig von auswärts zugewiesen erhält. Auch sind die im Bezirk der Amtshauptmannschaft aufgebrachten Kinder zum großen Teil junge Kinder und daher sehr wenig fleischergütig, während die der Stadt Dresden zugewiesenen Kinder aus vierzehn Gegenden stammen und daher in der Qualität erheblich besser sind.

Pirna. Der sogenannte Kartoffelkrebs, eine gefährliche Pilzkrankheit der Kartoffeln, ist auf den Feldern der Flur Prossen aufgetreten. Die Amtshauptmannschaft hat zur Bekämpfung der Weiterverbreitung der Krankheit alle erforderlichen Maßnahmen getroffen.

Leipzig. Die Hälften der hiesigen Bäckerei wird demnächst hier stilisiert. Den stilisierten Betrieb soll Ware zum Verkauf überlassen werden.

Widau. Auf den Tiefbauschächten ist der 34 Jahre alte Bergarbeiter Groß aus Niederschlanig tödlich verunglückt. Zwei seiner Brüder fielen bereits auf dem Schlachtfelde.

Bestätigt die auch von der „Nowoje Wremja“ gebrachte Nachricht, daß die Verteidigungsanlagen auf der Insel von den deutschen Truppen besetzten Insel Oesel unter englischer Leitung stehen.

Örtliches und Sachsisches.

Ottendorf-Okrilla, 16. Oktober 1917.

Die Friedrich August Medaille in Silber mit Spange wurde Herrn Gendarmerie-Wachtmeister Köhler verliehen.

Dem Drecheler Wilhelm Tränker, sowie den Tischlern Julius Geißert und Hermann Bösel, sämtliche in Gunnendorf wurde vom Rgl. Ministerium des Innern für Anerkennung ihrer über 30-jährigen Tätigkeit bei der Firma Julius Werthaus Möbelfabrik und Sogewerk in Gunnendorf das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit verliehen. Daselbe wurde ihnen am vergangenen Sonnabend nach Feierabend von Herrn Kaufmann Oskar Bötinger in feierlicher Weise im Beisein ihrer Mutter und Arbeitskollegen übergeben. Herr Bötinger beglückwünschte sie aus herzlichster, und dankte ihnen im Namen der Inhaberinnen für ihre Verdienste, welche sie ununterbrochen der Firma gewidmet haben und das Lebenswerk ihres verstorbenen Schwiegervaters haben aufzubauen geholfen, sei es der Wunsch ihres heiligen Ehegatten, seine alten treuen Mitarbeiter einzustimmen und zu ehren. Es wurde jedem einen jeden ein namhaftes Geldgeschent zugeteilt und harmonische Stimmung stellte sie meistere Stunden dar.

(R. J.) Zucker abholen! Mit Verordnung des Ministeriums vom 6. Oktober 1917 ist

es erlaubt. Statt des Kalbfusses kann man auch Schweineschwarte nehmen, weich kochen, sein wiegen und unter die Pilze mischen. Als geringerer Preis für Kalbfuss 100 Gramm geben kann, - sollte die Fleizfüge des Fleischbezugs aus Gerechtigkeitsgründen nicht aufrechterhalten werden. Denn die Amtshauptmannschaft ist natürlich verpflichtet, der Stadt Dresden die von ihr an Einwohner des amtschauptmannschaftlichen Bezirks gelieferten höheren Fleischmengen zurückzuerhalten. Die Einwohner des Bezirks, welche die höheren Fleischmengen in der Stadt Dresden beziehen, erhalten diese demnach auf Kosten derjenigen Einwohner des Bezirks, welche im Bezirk ihr Fleisch erhalten, wie aus folgendem Beispiel hervorgeht:

Stehen z. B. für 100 Einwohner dem amtschauptmannschaftlichen Bezirk je 100 Gramm Fleisch, das sind insgesamt 10 kg, zur Verfügung und beziehen 50 von

7. Kriegs-Anleihe



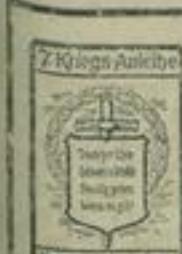
Die deutsche Presse aller Parteien mahnt das deutsche Volk zur Zeichnungspflicht

Das Vaterland ruft -
Dein Gewissen mahnt -
Hilf auch Du zum Erfolg!

Deutsche Männer,
Deutsche Worte!

Namensschild Oskar Bötinger
Werkschef zum Sparbüroleiter;
Riffelkopf Gott segne leicht;
Zur Sifte nicht spiffen lassen.

Emanuel Geißert



Deutscher Reichstag.

(Org.-Verf.) Berlin, 9. Oktober.
Das Haus belässt sich zunächst mit einer großen Reihe kleiner Anfragen, denen aber niemand größeres Interesse entgegenbringt. Nach ihrer Erledigung wird die am 6. d. Wk. abgebrochene

Ausprache über die aldbentische Agitation fortgesetzt. Dazu nimmt das Wort

Abg. Dittmann (ll. Soz.). Der Redner wendet sich mit scharfen Worten gegen die Regierung und zieht sich mehrfach Ordnungsrufe zu, so als ob er der Regierung vorwirkt, sie predige öffentlich den Verhandlungskrieg und erstrebe heimlich den Eroberungskrieg. ll. a. behauptet er auch, die Regierung sei Gefangener der Militärpartei.

Reichskanzler Dr. Michaelis wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dittmann und erklärt u. a.: „Ich habe gesagt: allen politischen Parteien und Richtungen, solfern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen, will ich mit gleicher Objektivität gegenüberstehen. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie. (Große Erregung bei den ll. Soz. Beobachter Bravorum rechts. Gemeint lärmende Rufe bei den ll. Soz. Abg. Geyer (ll. Soz.) ruft: „Hebt wissen wir, wer Sie sind!“ Andere ll. Soz. rufen: „Wir bleiben länger als Sie!“ — Lachen rechts.) Der Reichskanzler widmet dann der Organisation die Ausführung im Heere eine eingehende Darstellung. Es gibt die wesentlichen Gebiete der Aufklärungsarbeit an und betont nochmals, daß alle dazu geöffneten Veranstaltungen selbstverständlich seiner Parteipropaganda dienen dürfen. Der Reichskanzler lädt dann fort: „Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche die Friedensausbildung des 19. Juli befämpfen und welche von ihr behaupten, daß diejenigen, welche einen Frieden nach ihr erreichen, einen Hungersieden erreichen wollen, dieser Resolution gerecht würden. Wir müssen die Ziele in der Ausbildung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, daß müssen wir herausarbeiten, wie mithin uns das machen, was darin enthalten ist, wie müssen unterstützen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich anbauen und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.“

In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich.

Ich habe mit Zustimmung des Reichstags an denselben Tage die Briefe nach der Richtung hin umschrieben, daß ich sagte, wie müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Festland und über See garantieren, wie müssen es davon sichern, daß ich der Bund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Truppenteil ausweichen. Meine Herren, wie können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der dem Bauer den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialen Ausbildungs gibt, der der Industrie Arbeit verschafft, der unsere stolzen Schiffe aus Bremen und Hamburg wieder frei ausfahren, anlegen und Kohlen in aller Welt einzunehmen läßt, einen Frieden breiterer wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung,

einen wirklichen Frieden der Kraft; den können wir in diesem Rahmen erreichen! Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenüberstehen, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwärmeartigen Pfählen ruhteln wollen, solange sie mit der Forderung an uns herantreten, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange die Gegner den Gedanken verfolgen, zwischen dem deutschen Volk und seinem Kaiser einen Krieg zu treiben; solange bergen wir unter Friedensherrschaft in den verschiedensten Armen. Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis

dass geschieht, bis die Feinde einziehen, daß sie die Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. Und unter Friede wird doch kommen!

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle:

Die russische Revolution hatte einige wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verdreht und revolutionäre Gedanken in ihnen großgezogen. Der wahnsinnige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Besatzungsmitglieder zu wählen und die gesamte Mannschaft der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu erzwingen. Auf diese Weise sollte, geschehen durch Anwendung von Gewalt, die Flotte losgelöst und der Frieden erzwungen werden. Tatsache ist, daß diese Leute mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Beziehung stehen. Altenmäßig sieht jetzt, daß der Haupt-Agitor hier im Reichstag im Fraktionssitz der Unabhängigen Sozialdemokratie den Abgeordneten Dittmann, Haase und Bogherr einen Plan vorgetragen hat. Die Abgeordneten haben auf die Gefährlichkeit der Handlungswweise hingewiesen und zur orthonen Voricht genahmt, aber ihre volle Unterstützung durch Übermittlung von Material zur Aufreitung der Flotte zugestellt. Dieser Lage gegenüber war es meine erste Pflicht, das Entbringen des zugesagten Materials in die Flotte unmöglich zu machen. Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden erfuhr, die Verbreitung dieses Materials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. Über die weiteren Vorgänge innerhalb der Flotte kann ich mich hier nicht äußern. Einige wenige ehr- und plausiblere Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdiensten Strafe ausgesetzt worden. Trotzdem will ich hier vor aller Öffentlichkeit sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die auch mir zugegangen sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einen Augenblick in Frage gestellt und so soll es bleiben.

Abg. Dr. David (Soz.) erklärt zu den Ausführungen des Kanzlers, daß jede Partei volle Staatsbürgertliche Gleichberechtigung verlangen müsse. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstößen, so sollen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. Davon ist keine Partei ausgenommen, und auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kann und wird ihr Mitglieder keine Straffreiheit verlangen. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Befreiungspartei, die keineswegs aus den Tiefen des Volkes kommt, sondern eine Partei der oberen Beamtenschaft sei.

Abg. Dittmann (ll. Soz.): Die Anklagen des Staatssekretärs v. Capelle sind unberechtigt. Redner gibt zu, verschiedene mit dem von dem Staatssekretär erwähnten Matrosen getroffen zu haben, aber seinen Plan habe er nicht enthalt. Der Matrose habe mancherlei Beschwerden vorgebracht, hauptsächlich, daß die Mannschaften Mangel an geistiger Nahrung leiden. Sie wollten die Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratie lesen. Da habe er Voricht empfohlen.

Abg. Bogherr (ll. Soz.): Der Plan, zum Ungehorsam in der Marine aufzurufen, um die Flotte dazu zu legen und dadurch den Frieden herbeizuführen, hat seine Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie.

Abg. Dittmann (ll. Soz.) erklärt wieder, daß Matrosen und Soldaten empfangen zu haben. Dieses Recht lasse er sich nicht nehmen.

Staatssekretär v. Capelle verwehrt sich dagegen, daß habe er den drei Reichstagsabgeordneten die Absicht unterlegt, sie wollten die Marineleute mit hochverräderischen Blättern erschüttern, die er im Stenogramm noch einmal vorliest, angeblich eingegangen. Der Matrose habe verurteilt werden müssen, daß er wegen militärischen Auftrabs im Felde, der anderen wegen vollendet kriegerischer Ausbildungsbereitung. Wer in solchem Verfahren als Zeuge vernommen wird, daß unterliegt nicht irgend welches Entschuldigung des Reichskanzlers und auch nicht eines des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, sondern das Gericht hat nach seiner eigenen Überzeugung darüber zu befinden, wer vernommen werden soll.

Abg. Westarp (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß es zu einem Verfahren gegen die Abgeordneten kommen und daß der Reichstag ihnen seine Immunität gewähren wird.

Bei der Abstimmung wird das Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Die Auswärtige Politik. Staatssekretär v. Kühlmann: Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich überausdrücklich geändert. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns ausgesetzt. Die Frage

behandelt, und es sei den Matrosen bedient worden, daß man sie durch Brochüren und Flugblätter unterstützen würde. Die Unabhängigen erheben hier einen großen Lärm, indem sie darauf hinweisen, daß ja gerade von Haase und Bogherr offen bekannt worden wäre, daß man den Leuten Brochüren gegeben habe.

Abg. Dr. Trimborn (Blr.) gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Kanzler sich richtigstellt zu der Friedensresolution des Reichstags bekannt hat. Er spricht fernher die Hoffnung aus, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts das Material in Händen hat, um die Vorwürfe gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten klar zu beweisen. Denn nur dann hätte es einen Zweck, daß er die Anklagen in Haurt erhoben hat.

Abg. Kreis (Soz.) fordert die Abg. Haase, Dittmann und Bogherr auf, auf ihre Immunität zu verzichten; denn nur durch ein gerichtliches Verfahren könnte der Tatbestand klargestellt werden.

Abg. Gertz (Soz) kritisiert das Vorgehen des Reichskanzlers gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Stresemann (noll.): Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat gegen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion Anklagen erhoben, die in uns den Eindruck erweckt haben, daß diese Mitglieder der Teilnahme an Meutereien einzelner in der Flotte beschuldigt werden sollten. Wenn dies der Fall ist, gibt das Strafgelehrbuch die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Eine völlige Klärung liegt auch im Interesse der Betroffenen selbst und im Interesse des ganzen Reichstages, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten daher, daß die Reichsleitung sofort alle erforderlichen Schritte einleitet.

Abg. Raumann (Hortf.): Ob und die Politik der Unabhängigen Sozialisten gejährt oder nicht, durch das, was der Reichskanzler vorhin gesagt hat, sind wir alle geschnitten worden, nun für diese Partei und ihre Freiheit einzutreten. Die ganze Volksvertretung hat keinen Sinn dafür, eine Partei mit Generalbann zu belegen. Nach dem Auftwort vom 4. August 1914 einer Partei außerhalb des Verbundes der Juliflügeln zu stellen, ist eine moralische Unmöglichkeit. Dieser Fall ercheint geeignet, einen parlamentarischen Brüderauschluß einzuleiten, um die ganzen Vorgänge zu verhindern.

Reichskanzler Dr. Michaelis

verwehrt sich gegen die Anklagen des Abg. Dittmann und erklärt, daß die Regierung lediglich ihre Pflicht tut, wenn sie die Propaganda in der Marine unterbindet. Der Kanzler betont, daß er nicht gesagt habe, die Unabhängige Sozialdemokratie stehe außerhalb des Gesetzes. Die beiden Männer, von denen gesprochen worden ist, sind von einem Gerichtshof, der selbstständig zu entscheiden hat, von einem gesetzlich eingesetzten Gericht verurteilt worden. Der eine wegen militärischen Auftrabs im Felde, der andere wegen vollendet kriegerischer Ausbildungsbereitung. Wer in solchem Verfahren als Zeuge vernommen wird, daß unterliegt nicht irgend welches Entschuldigung des Reichskanzlers und auch nicht eines des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, sondern das Gericht hat nach seiner eigenen Überzeugung darüber zu befinden, wer vernommen werden soll.

Abg. Westarp (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß es zu einem Verfahren gegen die Abgeordneten kommen und daß der Reichstag ihnen seine Immunität gewähren wird.

Bei der Abstimmung wird das Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Die Auswärtige Politik. Staatssekretär v. Kühlmann: Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich überausdrücklich geändert. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns ausgesetzt. Die Frage

der Schließung eines Kohlen- und Kreditabkommen mit Holland ist so weit gefordert worden, daß noch wenige Formalien nötig sind, um die endgültige Vollendung zu ermöglichen. Unser Bewußtsein, einen Gedanken austausch mit feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, hat, wie ich mit Bedauern feststellen muß, seit Berantwortung der Papstrede auch nicht einen Schritt voraus gemacht. Ob unsere Gegner werden, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit abzuwischen. Das eine lädt sich aber eben jetzt sagen: was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner auf den Leuten Prochüren gegeben habe.

Abg. Dr. Trimborn (Blr.) gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Kanzler sich richtigstellt zu der Friedensresolution des Reichstags bekannt hat. Er spricht fernher die Hoffnung aus, daß die Papstnote überhaupt noch nicht mit Sicherheit abzuwischen. Das eine lädt sich aber eben jetzt sagen: was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner auf den Leuten Prochüren gegeben habe.

Abg. Kreis (Soz.) fordert die Abg. Haase, Dittmann und Bogherr auf, auf ihre Immunität zu verzichten; denn nur durch ein gerichtliches Verfahren könnte der Tatbestand klargestellt werden.

Abg. Gertz (Soz) kritisiert das Vorgehen des Reichskanzlers gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Stresemann (noll.): Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat gegen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion Anklagen erhoben, die in uns den Eindruck erweckt haben, daß diese Mitglieder der Teilnahme an Meutereien einzelner in der Flotte beschuldigt werden sollten. Wenn dies der Fall ist, gibt das Strafgelehrbuch die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Eine völlige Klärung liegt auch im Interesse der Betroffenen selbst und im Interesse des ganzen Reichstages, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten daher, daß die Reichsleitung sofort alle erforderlichen Schritte einleitet.

Abg. Raumann (Hortf.): Ob und die Politik der Unabhängigen Sozialisten gejährt oder nicht, durch das, was der Reichskanzler vorhin gesagt hat, sind wir alle geschnitten worden, nun für diese Partei und ihre Freiheit einzutreten. Die ganze Volksvertretung hat keinen Sinn dafür, eine Partei mit Generalbann zu belegen. Nach dem Auftwort vom 4. August 1914 einer Partei außerhalb des Verbundes der Juliflügeln zu stellen, ist eine moralische Unmöglichkeit. Dieser Fall ercheint geeignet, einen parlamentarischen Brüderauschluß einzuleiten, um die ganzen Vorgänge zu verhindern.

Reichskanzler Dr. Michaelis verwehrt sich gegen die Anklagen des Abg. Dittmann und erklärt, daß die Regierung lediglich ihre Pflicht tut, wenn sie die Propaganda in der Marine unterbindet. Der Kanzler betont, daß er nicht gesagt habe, die Unabhängige Sozialdemokratie stehe außerhalb des Gesetzes.

Die beiden Männer, von denen gesprochen worden ist, sind von einem Gerichtshof, der selbstständig zu entscheiden hat, von einem gesetzlich eingesetzten Gericht verurteilt worden. Der eine wegen militärischen Auftrabs im Felde, der andere wegen vollendet kriegerischer Ausbildungsbereitung. Wer in solchem Verfahren als Zeuge vernommen wird, daß unterliegt nicht irgend welches Entschuldigung des Reichskanzlers und auch nicht eines des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, sondern das Gericht hat nach seiner eigenen Überzeugung darüber zu befinden, wer vernommen werden soll.

Abg. Westarp (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß es zu einem Verfahren gegen die Abgeordneten kommen und daß der Reichstag ihnen seine Immunität gewähren wird.

Bei der Abstimmung wird das Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Die Auswärtige Politik. Staatssekretär v. Kühlmann: Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich überausdrücklich geändert. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns ausgesetzt. Die Frage

der Schließung eines Kohlen- und Kreditabkommen mit Holland ist so weit gefordert worden, daß noch wenige Formalien nötig sind, um die endgültige Vollendung zu ermöglichen. Unser Bewußtsein, einen Gedanken austausch mit feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, hat, wie ich mit Bedauern feststellen muß, seit Berantwortung der Papstrede auch nicht einen Schritt voraus gemacht. Ob unsere Gegner werden, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit abzuwischen. Das eine lädt sich aber eben jetzt sagen: was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner auf den Leuten Prochüren gegeben habe.

Abg. Dr. Trimborn (Blr.) gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß der Kanzler sich richtigstellt zu der Friedensresolution des Reichstags bekannt hat. Er spricht fernher die Hoffnung aus, daß die Papstnote überhaupt noch nicht mit Sicherheit abzuwischen. Das eine lädt sich aber eben jetzt sagen: was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner auf den Leuten Prochüren gegeben habe.

Abg. Kreis (Soz.) fordert die Abg. Haase, Dittmann und Bogherr auf, auf ihre Immunität zu verzichten; denn nur durch ein gerichtliches Verfahren könnte der Tatbestand klargestellt werden.

Abg. Gertz (Soz) kritisiert das Vorgehen des Reichskanzlers gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Abg. Stresemann (noll.): Der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat gegen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion Anklagen erhoben, die in uns den Eindruck erweckt haben, daß diese Mitglieder der Teilnahme an Meutereien einzelner in der Flotte beschuldigt werden sollten. Wenn dies der Fall ist, gibt das Strafgelehrbuch die Möglichkeit, hiergegen vorzugehen. Eine völlige Klärung liegt auch im Interesse der Betroffenen selbst und im Interesse des ganzen Reichstages, da nur auf diese Weise Schuld oder Unschuld festgestellt werden kann. Wir erwarten daher, daß die Reichsleitung sofort alle erforderlichen Schritte einleitet.

Abg. Raumann (Hortf.): Ob und die Politik der Unabhängigen Sozialisten gejährt oder nicht, durch das, was der Reichskanzler vorhin gesagt hat, sind wir alle geschnitten worden, nun für diese Partei und ihre Freiheit einzutreten. Die ganze Volksvertretung hat keinen Sinn dafür, eine Partei mit Generalbann zu belegen. Nach dem Auftwort vom 4. August 1914 einer Partei außerhalb des Verbundes der Juliflügeln zu stellen, ist eine moralische Unmöglichkeit. Dieser Fall ercheint geeignet, einen parlamentarischen Brüderauschluß einzuleiten, um die ganzen Vorgänge zu verhindern.

Reichskanzler Dr. Michaelis verwehrt sich gegen die Anklagen des Abg. Dittmann und erklärt, daß die Regierung lediglich ihre Pflicht tut, wenn sie die Propaganda in der Marine unterbindet. Der Kanzler betont, daß er nicht gesagt habe, die Unabhängige Sozialdemokratie stehe außerhalb des Gesetzes.

Die beiden Männer, von denen gesprochen worden ist, sind von einem Gerichtshof, der selbstständig zu entscheiden hat, von einem gesetzlich eingesetzten Gericht verurteilt worden. Der eine wegen militärischen Auftrabs im Felde, der andere wegen vollendet kriegerischer Ausbildungsbereitung. Wer in solchem Verfahren als Zeuge vernommen wird, daß unterliegt nicht irgend welches Entschuldigung des Reichskanzlers und auch nicht eines des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, sondern das Gericht hat nach seiner eigenen Überzeugung darüber zu befinden, wer vernommen werden soll.

Abg. Westarp (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß es zu einem Verfahren gegen die Abgeordneten kommen und daß der Reichstag ihnen seine Immunität gewähren wird.

Bei der Abstimmung wird das Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Das Rätsel seiner Ehe.

19) Roman von Ludwig Hassé.

Sprich es nur aus, Alexander. Er ist mein Vater. Aber ich bin nicht das Kind einer leichtfertigen Faune des Augenblicks — der Fürst selbst hat schwer gelitten, als meine Mutter starb, ehe er sie zu seiner Bettstatt machen konnte — ein anderes Mal erzählte ich die von meiner Mutter. — Heute handelt es sich um dich. Als ich von deinen Wänen hörte, rührte ich sofort, daß es meine Pflicht war, dich einzuführen, das Gefühl des Stolzes, des Trostes, des Mitleidens und Fürsorge, welches mich nach unserer letzten Begegnung befreite, zurückzudrängen, an dir zu eilen und dich aufzuhüllen. Ich lagte mir, daß du heute ruhiger sein würdest und mich annehmen würdest — war ja auch ich ruhiger geworden und konnte zu dir ohne jede Erregung, welche mich bei unserer letzten Unterredung durchdröhnte, sprechen. — Alexander, du darfst deinen Vater, an dem du so hängst, nicht angreifen! Ich will die heißen, dich freizustellen.

„Du, Margarete?“ „Ja, ich Sieh, als ich meinem Vater meinen feinen Entschluß mitteilte, die Scheidung unserer Ehe einzuleiten — zu mein jetzt, aus welchen Gründen — zürnte er mir und erklärte mir, daß er mich dann nicht mehr als seine Tochter in seinem Hause behalten könne. Die geschiedene Frau hat in in der Wiener ersten Gesellschaft seine Stellung. — Die katholische Religion kennt keine Scheidung des Ehestra-

entes. — Ich bestand auf meinem Entschluß, ich wollte mir dich ja erobern! Und so trennte ich mich von dem Fürsten, eine Auslösung für spätere Zeit erhoffend, wenn ich ihm als würdige Göttin Gallenberg entgegentreten könnte. Ich ging hierher nach Berlin und begab mich in

Frauen-Verein

Ottendorf-Okrilla

Die Zusammenkunft findet Mittwoch,
den 17. Oktober im

Gasthof z. Schwarzen Röß.

statt. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend
gebeten.

Pflaumen

Hochstämmige Pflaumenbäume,
große blaue Hauspflaumen und
zeitige Sorten empfiehlt

Grafe's Baumschulen, Lausa.

Plakate

für
jede Gelegenheit

fertigt schnell u. preiswert an

Buchdruckerei H. Röhle
Ottendorf-Okrilla

Gebleichte Haarzöpfe

werden gewissenhaft nachgefärbt.

A. Rose,
Barbier u. Friseur.

Aufdrucke
auf
Trauer-
Schleifen

Trauerbriefe

und
Trauer-
haften
nebst
Briefköpfen
Innenhohl
2 Stunden

Buchdruckerei
Hermann Röhle
Ottendorf-Okrilla

Deutsche Worte
an das
deutsche Volk.



Ach Natur, ach
Küsse pfüßt auf an,
dab falls soft mit
Küssen zu den Füßen,
fies sind die placken
Küsseln deiner Kraft.

Friedrich Schiller

Sparkasse Lausa.

Königsbrücker Straße 77

Fernsprecher: Amt Hermsdorf 26. Postcheckkonto: Leipzig Nr. 5496.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 %.

Als Zeichnungstelle für die

7. Kriegsanleihe

werden außer den Vollhänden von 100 Mark und mehr im Interesse der kleinen Später

5% Kriegssparkarten zu 2 und 3 Mark und

5% Kriegsanleihe-Anteilscheine zu 5, 10, 20 u. 50 Mk.
ausgegeben.

Und immer wieder gilt es! Wer darf zurückstehen!



Nicht lange bestimmen!

Den Krieg zu gewinnen,

Mahnt Ehre u. Pflicht

Vergiß das nicht!

Die deutsche Presse aller Parteien mahnt das deutsche Volk zur Zeichnungspflicht!

Obstbäume.

Äpfel, Birnen, Pflaumen, Kirschen und Walnüsse
in höchst., halbst., Zwergobst, senf. und wagnerrecht. Schnurbäume, Spaliere und U-Formen
Schartenmorellen, Pfirsiche, Stachel- und Johannisbeeren
hoch. und Sträucher, Rhubarber, grösster rostfester, Himbeeren, Quitten, Mispeln, Haselnüsse usw. empfiehlt in besten Sorten und wäschiger Ware
Preisliste frei.

Grafe's Baumschulen, Lausa.

Gummi-Stempel

zu Original-Fabrikpreisen

lieferf. schnellstens

Buchhandlung Hermann Röhle
Ottendorf-Okrilla.

Illustriertes Musterbuch

über

Kautschuk- und Metallstempel, Auszeichnungs-
Kassetten, Zahlensätze, Schablonen, Petschafte

Signierschriften, Schilder usw.

steht Interessenten zur gef. Einsicht zur
Verfügung.

Am Montag Abend wurde
von Herrich's Kolonialwaren-
handlung bis Kühn's Mühle
eine gelbgesäuterte Pferdedede
verloren. Abzugeben gegen
Belohnung bei

Gutsbes. M. Grafe.
Kirchstraße Nr. 16.

Teeren tut not!

Zur Ausführung aller Dachreichen und
sonstiger Dach-Reparaturen empfiehlt sich

H. Rähmer's
Baudruckerei- und
Fabrikationsgeschäft

Roggen-Fiegeldausch

und

Roggen-Breitdrusch

kaufst jederzeit zu höchsten Preisen

August Walther & Söhne A.-G.
Abt. Glasfabrik

**Schlacht- und
Handelspferde**

kaufst jederzeit

Max Wels, Ross-Schlächterei
Gomlitz-Lausa.

Fernsprecher Hermendorf Nr. 1.

Bei Unglücksfällen steht Transportwagen
zur Verfügung.

Haarzöpfe

empfiehlt von 4 Mark an in jeder Farbe
Prima Haarnetze in jeder Farbe

A. Rose
Barbier und Friseur.



Zwei Kaiser
ZIGARETTEN
GÖHNE



Deutsche Männer,
Deutsche Worte!

Wenn du bist Oft und Weiß
Weiß du zum Feuerstahl
Weiß du Gott nicht läßt
Du dir nicht voll auslassen.

Emanuel Geibel

Rechnungen

mit Rechnungen

H. Röhle, Buchhandlung